

Das Jugendarbeitsschutzgesetz in der Diskussion

Forderungen des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes (DEHOGA)

Das Jugendarbeitsschutzgesetz beschäftigt wieder einmal die Politik. Diskutiert wird mit unterschiedlichen Vorzeichen: Während die Bund-Länder-Arbeitsgruppe den Gesamtreformbedarf des 30 Jahre alten Gesetzes berät und die FDP wie der DEHOGA die derzeitige Nachtruheregulierung für antiquiert hält, will Die Linke den Schutz verstärken und auch junge Erwachsene bis 21 Jahre wie Minderjährige behandeln. In der SPD hält man eine Anhebung der Nachruhezeit von 22 auf 23 Uhr für einen Angriff auf die Gesundheit der 16- und 17-Jährigen. Der Tourismusbeauftragte Ernst Hinsken (CSU) und weitere Unionspolitiker sehen die Zeit reif für eine Liberalisierung, andere wollen die Ergebnisse der Arbeitsgruppe abwarten.

Der DEHOGA fordert seit langem eine Heraufsetzung der Nachruhezeit von 22 auf 23 Uhr, vor Berufsschultagen von 20 auf 21 Uhr sowie eine Verlängerung der Schichtzeit von 11 auf maximal 12 Stunden. Argument: Eine solche Liberalisierung verbessert die Chancen der meist jugendlichen Haupt- und Realschüler auf dem Ausbildungsmarkt, erhöht die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe und kann so für 2000 zusätzliche Ausbildungsplätze in der Branche sorgen. (...)

http://www.dehoga-bundesverband.de/branchenthemen/recht-aktuell/?tx_dehoganews_pi1%5Bnid%5D=348
(Abruf: 24.04.2013)

Die Gewerkschaftsjugend: „Hände weg vom Jugendarbeitsschutzgesetz“

Mit sprechenden Kartons, Aktions-T-Shirts und vier unterschiedlichen Motivpostkarten möchte die Hamburger Gewerkschaftsjugend unter dem Slogan «Hände weg vom Jugendarbeitsschutzgesetz» (...) für den Erhalt des Jugendarbeitsschutzgesetzes werben. Die Aktion ist Teil einer bundesweiten Kampagne der Gewerkschaftsjugend. Diese richtet sich gegen die im Koalitionsvertrag der schwarz-gelben Bundesregierung angekündigte Aufweichung des Jugendarbeitsschutzgesetzes, insbesondere gegen die Ausweitung der nächtlichen Ausbildungszeiten für minderjährige Auszubildende in der Gastronomie von maximal 22 auf 23 Uhr.

„Das Jugendarbeitsschutzgesetz ist das wichtigste Gesetz zum Schutz der Gesundheit minderjähriger Arbeitnehmer und Auszubildender in der Arbeitswelt“, betont Olaf Schwede, Sprecher der DGB-Jugend Hamburg: „Die Gesundheit der Jugendlichen ist kein Spielball für wirtschaftliche Interessen. Junge Auszubildende (...) benötigen qualifizierte Anleitung, Freistellung für die Berufsschule und ausreichend Erholungszeiten, Pausen ebenso wie ausreichend Nachruhe und wöchentlich feste freie Tage. Aus Sicht einer hochwertigen Ausbildung besteht keine Notwendigkeit für eine Veränderung des Jugendarbeitsschutzgesetzes.“ (...)

<http://www.dgb-jugend-nord.de/hamburg/aktuelles/hh/320-haende-weg-vom-jugendarbeitsschutzgesetz>
(Abruf: 24.04.2013)

Aufgaben

1. Listet die beteiligten Parteien/Gruppen und deren Haltung zur Änderung des Gesetzes auf, soweit diese aus dem Text hervorgehen.
2. Recherchiert arbeitsteilig in Gruppenarbeit die Positionen der genannten Interessengruppen und Parteien.
3. Stellt die Ergebnisse eurer Recherche in der Klasse vor.
4. Auf der Seite der Gewerkschaftsjugend findet ihr Postkarten zu einer Kampagne für den Erhalt des Jugendarbeitsschutzgesetzes:
<http://www.dgb-jugend.de/ausbildung/jugendarbeitsschutz/postkarten>
Entwerft nach diesem Muster
 - a) Postkarten im Sinne der Gewerkschaftsjugend
 - b) Postkarten im Sinne des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes (DEHOGA)